

## Der große Ausverkauf

Welche Interessen hinter dem Freihandelsabkommen TTIP stecken und warum das Chlorhuhn nur die Spitze des Eisbergs ist **S. 3**



### Weitere Themen im Heft:

**Sugardaddy & Sugarbabe: Geld statt Liebe S. 6**

**Antimilitarismus: Verantwortung heißt Krieg S. 8-9**

**Care-Arbeit: Stress neben dem Studium S. 10**

**Editorial**

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

als sich neulich unsere Autorin Sophia Hühnchen mit Pommes bestellte, ging es los: Du isst Fleisch?! Wie kannst du das denn verantworten? Der moralische Zeigefinger erhob sich (S.11). Was Sophia letztlich davon abhielt, in den saftigen Broiler zu beißen, war ihre Angst, dass das gute Stück voller Antibiotika ist. Noch mehr Angst hatte sie davor, durch TTIP zusätzlich Chlor ins Huhn zu bekommen. Doch als wir zu dem Thema recherchierten, fanden wir heraus, dass es bei TTIP eigentlich um ganz andere Probleme geht (S.3).

Da wir alle etwas knapp bei Kasse sind, mussten wir dann mit Roggenbrot und Frischkäse vorlieb nehmen. Weil das auf Dauer keine Lösung ist, setzten wir viel Hoffnung in die BAföG-Reform. Leider vergebens (S.4). Das bedeutet Krieg! Kein Krieg, wie unser Bundespräsident ihn gerne hätte (S.8/9). Sondern eher verstanden als Kampf gegen einen Staat, der macht, was er will (S.12/13).

Weil 16 Seiten viel zu wenig sind, um über alle Themen zu schreiben, die wir interessant finden, gibt es die critica auch online:

[www.critica-online.de](http://www.critica-online.de)

**Impressum**

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 13/2014  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Redaktion:** Peter Ahlfeld, Martin Ascher, May Naomi Blank, Bettina Gutperl, Alexander Hummel, Elisabeth Kula, Franziska Lindner, Karsten Lippmann, Jakob Migenda, Sarah Nagel, Paul Naujoks, Sebastian Rave, Deniz Remberg, Ramona Seeger, Kerstin Wolter, Pia Zarsteck

**Layout:** Sebastian Rave

**Illustration Titelseite:** Sebastian Rave

**ViSdP:** Kerstin Wolter, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Anzeigen und Bestellungen:** [info@critica-online.de](mailto:info@critica-online.de)  
[www.critica-online.de](http://www.critica-online.de)

**Semestertermine**



Als Ende 2013 öffentlich wurde, dass deutsche Unis für das Pentagon forschen, war der Aufschrei groß. Die Rüstungsforschung gibt immer wieder Anlass für die grundsätzliche Frage: Soll die Wissenschaft für den Krieg forschen? Die Friedensbewegung ist strikt dagegen. Aus ihr ist die Idee der Zivilklausel hervorgegangen, einer Selbstverpflichtung von Hochschulen, nur für zivile Zwecke zu forschen. Auf dem Zivilklauselkongress sollen nun Studierende, GewerkschafterInnen und Aktive der Friedensbewegung zusammenkommen, um sich zu vernetzen und eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Infos unter: [www.ak-friedenswissenschaft.de/zivilklauselkongress-2014](http://www.ak-friedenswissenschaft.de/zivilklauselkongress-2014)  
Anmeldung: [kongress@ak-friedenswissenschaft.de](mailto:kongress@ak-friedenswissenschaft.de)



**Auftaktkonferenz Frauen\* kampftag**

Auch nächstes Jahr wird es wieder eine Großdemo zum Frauen\* kampftag geben. Am 8. März 2015, also am Internationalen Frauentag, melden wir uns mit einer Demo in Berlin lautstark und hoffentlich noch größer zurück. Willst du dich einbringen? Hast du Anregungen an das Bündnis oder eigene, neue Ideen für die Demo? Dann komm zur Auftaktkonferenz! Unter dem Motto „Still lovin' Feminism“ treffen sich die AGs des Bündnisses. Sie arbeiten zu unterschiedlichen Themen wie sexueller Selbstbestimmung, Sexismus oder gesellschaftlichen Widersprüchen, um einen Fahrplan für das nächste Jahr auszuarbeiten. Es sollen weitere Schwerpunkte ausgearbeitet und neue Bündnisse geschlossen werden.

Infos unter: [www.frauenkampftag2014.de](http://www.frauenkampftag2014.de)

Mehr al

Was das Freihandelsabkommen TTIP wirklich bedeutet und warum das Chlorhuhn nur die Spitze des Eisbergs ist.

**Von Martin Ascher**

„Europa hat vermutlich das letzte Mal die Chance, weltweite Standards zu setzen. Verpassen wir diese Chance, werden wir uns anpassen müssen“. So prophetisch äußerte sich der Parteivorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, im August 2014 über die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Damit reihte sich die SPD in den Kreis der BefürworterInnen dieses Freihandelsabkommens ein, die es als Heilsbringer für den transatlantischen Wirtschaftsraum anpreisen. Arbeitsplätze würden geschaffen werden und ein massiver wirtschaftlicher Aufschwung wäre die Folge, so der Tenor.

**Verbraucherschutz in Gefahr**

Derartig vollmundige Versprechungen kaschieren die Interessen, die hinter dem Abkommen stehen. Diese offenbaren sich bei genauerer Betrachtung der Vertragsinhalte und des Entstehungs- und Verhandlungsprozesses von TTIP. Über das transatlantische Freihandelsabkommen verhandeln seit 2013 VertreterInnen der Europäischen Union und der USA. Das Ziel ist die Schaffung einer gigantischen Freihandelszone. Diese soll sich über Europa und Nordamerika erstrecken und Staaten wie Kanada oder die Schweiz einschließen. Sie soll Handelshemmnisse beseitigen. Neben der Senkung von Zöllen geht es vor allem um die Angleichung unterschiedlicher Standards. Das soll den Warenaustausch zwischen den beteiligten Staaten erleichtern. Das Abkommen erstreckt sich nicht nur auf Industriestandards. Es umfasst auch Bereiche wie Verbraucherschutz oder Bildung. Das wohl bekannteste Beispiel für eine „Harmonisierung“ von Standards ist das Chlorhuhn: KritikerInnen von TTIP befürchten, dass bald auch in Europa Fleisch mit Chlor gereinigt wird. Hinter der Vereinheitlichung versteckt sich letztlich eine Absenkung von Standards vor Lasten der BürgerInnen. Die drohenden Veränderungen durch das Freihandelsabkommen sind massiver, als das Schlagwort „Chlorhuhn“ vermuten lässt. So wäre beispielsweise die Koalitionsfreiheit gefährdet, da die USA diese Kernarbeitsnorm nicht ratifiziert hat. Die öffentliche Daseinsvorsorge droht privatisiert zu werden. Davon könnte auch der Bildungssektor betroffen sein - Gelder für öffentliche Bildungseinrichtungen wären in Gefahr.



Unter dem Motto **#talk #dance #act - Runter vom Balkon!** veranstaltet das Blockupy-Bündnis zusammen mit weiteren internationalen Netzwerken, Gruppen und NGOs ein gemeinsames Festival für ein solidarisches Europa in Frankfurt am Main. Das Programm umfasst Arbeitsgruppen, Workshops und Podien (#talk) sowie Kultur (#dance) und Aktionen auf der Straße (#act). Anlass ist die EU-Kürzungspolitik, die die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die breite Bevölkerung abwälzt. Dies führt besonders im Süden zu einer immer größeren Arbeits- und Perspektivlosigkeit sowie zum Anstieg von Armut und Gewalt. Gegen diese Politik sollen während des Festivals Alternativen und Perspektiven entwickelt werden. Außerdem wird sich auf die Proteste zur Eröffnung der Europäischen Zentralbank Anfang 2015 vorbereitet.

Infos unter: [www.blockupy.org](http://www.blockupy.org)  
Twitter-Feed: [twitter.com/Blockupy](https://twitter.com/Blockupy)

**LEIST AKTIV WERDEN UND MITMACHEN**

NAME \_\_\_\_\_

HOCHSCHULE \_\_\_\_\_

EMAIL \_\_\_\_\_

HANDY \_\_\_\_\_

Ich möchte:

den Newsletter bekommen

ein Infopaket bekommen

bei der critica mitarbeiten

**DieLinke.SDS**  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
[info@linke-sds.org](mailto:info@linke-sds.org)

# ...s eine Chemiekeule

## Abschaffung von Tarifverträgen

TTIP bedroht den rechtlichen Schutz von Gewerkschaften und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

## Schiedsgerichte

Nicht-öffentliche Schiedsgerichte sollen anstelle von ordentlichen Gerichten darüber entscheiden, ob Unternehmen in ihrem Recht auf Profit eingeschränkt werden.

## Chlorhuhn

US-Lebensmittelstandards erlauben den Einsatz von Chlor zur Keimabtötung in Hühnerfleisch. Diese Chemiekeule hat vielen Menschen den Appetit auf TTIP verdorben und spielt deshalb keine Rolle mehr im Abkommen.

## Ausschluss der Öffentlichkeit

- Undercover: Die Ausgestaltung des TTIP-Abkommens findet hinter verschlossenen Türen statt.

## Freihandelszone

- In Freihandelszonen zwischen Ländern sind nur Unternehmen wirklich frei. Zoll- und Handelsbeschränkungen werden abgeschafft.



Illustration: Sebastian Rave

Eine besondere Gefahr für die Demokratie ist die geplante Investitionsschutzklausel. Mit ihrer Hilfe können Konzerne ihre Interessen durchsetzen, wenn sie sich in ihrer Investitionstätigkeit gestört fühlen oder sie ihren Profit geschmälert sehen. Dann könnten sie ihre Rechte vor Schiedsgerichten einklagen. Ordentliche Gerichte würden ausgehebelt, eine Paralleljustiz wäre die Folge. Wie real die Gefahr ist, zeigt das Beispiel Uruguay. Als die dortige Regierung Risikohinweise auf Zigaretenschachteln drucken wollte, klagte der Tabakkonzern Philip Morris dagegen. Grundlage ist ein Freihandelsabkommen mit der Schweiz. Nun will der Konzern nicht nur zwei Milliarden US-Dollar Entschädigung haben, sondern auch die Risikohinweise auf den Zigaretten verbieten. Durch den Investitionsschutz würden demokratische Entscheidungen, die zu Lasten von Unternehmen gehen, unmöglich gemacht.

Die Konzerninteressen hinter TTIP werden auch anhand des Verhandlungsprozesses deutlich. Die EU-Kommission führt die Verhandlungen mit den USA, ohne die Öffentlichkeit über die Inhalte des Vertrages zu informieren. Die Kommission entscheidet, wem sie Auskünfte erteilt. Das führt de facto zu einer einseitigen Informationspolitik. VertreterInnen von Konzernen wird großzügig der Zugang zu geheimen Dokumenten gewährt, während zivilgesellschaftliche Organisationen weitgehend außen vor bleiben. Nur Informationsleaks und vergleichbare Abkommen lassen erahnen, welche Folgen TTIP haben würde. Auf öffentlichen Druck hin wurde eine kleine BeraterInnengruppe aus NGOs und Gewerkschaften gegründet. Aber auch diese ist deutlich unterrepräsentiert. Die Industrielobby kann den Vertragsentwurf nach ihren Vorstellungen beeinflussen. Die EU vollzieht damit eine

Machtverschiebung zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen. Niedrigere Standards und Deregulierung zugunsten von höherem Profit und zu Lasten der Menschen sind die Folge.

## Elitäres Herrschaftsprojekt

Um das Chlorhuhn geht es schon lange nicht mehr. Angela Merkel hat bereits verkündet, Chlorhühner aus dem Abkommen herauszuhalten, um den KritikerInnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Tatsächlich fügt sich TTIP nahtlos in die vorherrschende Freihandelsdoktrin und die neoliberale Agenda der EU ein, die in den vergangenen Jahren massive Einschnitte zu Lasten der BürgerInnen zur Folge hatte. Freihandel wird dabei als Mittel gesehen, sich auf dem globalisierten Markt durchsetzen zu können. Freihandel ist ein elitäres Herrschaftsprojekt, das die Interessen der

Menschen außer Acht lässt. Trotz aller Verschleierungsbemühungen seiner VerfechterInnen regt sich Widerspruch gegen TTIP. Die zahlreichen lokalen und internationalen Bündnisse gegen das Freihandelsabkommen sind ein wichtiger Schritt, um Gegenöffentlichkeit herzustellen. So wurde von einem europaweiten Bündnis die Bürgerinitiative „Stop TTIP“ initiiert. Deren Zulassung wurde von der Kommission aus fragwürdigen Gründen abgelehnt. Dies verdeutlicht die Taktik der handelnden Institutionen, die Öffentlichkeit systematisch von jeglicher Mitbestimmung auszuschließen. Es zeigt aber auch, dass die Kritik an TTIP den Charakter der EU entlarven und so den Anstoß zu einem Europa geben kann, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Der Protest von unten zeigt, dass die Interessen der Konzerne nicht die der Mehrheit der Menschen sind. ★

ANZEIGE

# TTIP: Nicht mit uns!

TTIP verletzt Interessen der Bevölkerungsmehrheit und schwächt Mitbestimmungsrechte: Sozial- und Umweltstandards und die kommunale Daseinsvorsorge werden angegriffen. Arbeitnehmerrechte sind ebenso gefährdet wie die Existenz kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Mit dem TTIP soll erlaubt werden, was wir nicht wollen: Gentechnik, Hormonfleisch, »Chlor-Hähnchen«, Fracking und vieles mehr. Gegen europäische Arbeits- und Gewerkschaftsrechte könnten US-Konzerne klagen. Europäische Pharma-Konzerne und Banken würden von der Abschaffung der strengeren US-Regeln profitieren.

**Darauf gibt es nur eine Antwort: Die TTIP-Verhandlungen müssen gestoppt werden.**

Weitere Informationen unter: [www.linksfraktion.de/ttip-stoppen](http://www.linksfraktion.de/ttip-stoppen)



# Harte Kost

Von der BAföG-Reform profitiert nur eine Minderheit. Von **Maude Kaulbach**



Trockenes Brot statt Broccoligratin: Studierende haben oft finanzielle Sorgen

Foto: Sebastian Kave

Das BAföG ist erhöht worden. Für viele Studierende ist es das erste Mal, dass sie in den Genuss von ein paar Euro mehr kommen, denn die letzte BAföG-Erhöhung liegt sechs Jahre zurück. Doch bevor sich angehende AkademikerInnen jetzt darauf freuen, am Monatsende endlich etwas anderes auf dem Tisch zu haben als trockenes Brot, sollten sie einen Moment innehalten.

Viele Studierende werden auch im Oktober 2016 – dann tritt die Erhöhung erst in Kraft – keinen Cent mehr in der Tasche haben. Nicht einmal jeder fünfte Studi bekommt heute Geld aus dem BAföG-Topf. Die Unterstützung ist an das Elterneinkommen gebunden. Deswegen erhalten viele kein BAföG, selbst wenn sie von ihren Eltern keinen einzigen Groschen bekommen. Studierende werden in der Bundesrepublik als Anhängsel ihrer Eltern betrachtet. Ganz anders sieht es in den skandinavischen Ländern aus. Dort werden Studierende als eigenständige Personen verstanden: Sie bekommen eine elternunabhängige Studienförderung.

## Zeitnot durch Nebenjobs

Der Kampf um die Bildungs- und Ausbildungsförderung ist keineswegs nur ein Kampf für besseres Essen und den Aus-

zug aus dem Hotel Mama. Er ist immer auch ein Kampf um die inhaltliche Ausrichtung des Studiums. Je mehr Schulden Studis für ein Studium aufnehmen müssen, desto größer ist der Druck für sie, schnell und unkritisch zu studieren. Wer sich ein Leben lang Gedanken machen muss, wie man die Schulden des Studienkredits zurückzahlen kann, hat keine Möglichkeit, auch mal unangepasst zu leben. Nach dem Studium müssen diese Studierenden einen Job finden, der ihnen eine Rückzahlung der Schulden ermöglicht – egal ob er ihnen gefällt. Wer nicht das Glück hat, BAföG zu bekommen, muss während des Studiums auf spannende Seminare verzichten. Denn die Zeit muss für Nebenjobs herhalten, um das Studium finanzieren zu können.

## Studieren ist ein Vollzeitjob

Das zeigt, in welche Richtung eine BAföG-Reform eigentlich gehen müsste. Studierende brauchen eine Bildungsförderung, die die realen Lebenshaltungskosten deckt, elternunabhängig ist, nicht zurückgezahlt werden muss und über die Regelstudienzeit hinaus gezahlt wird. Studieren ist ein Vollzeitjob. Auch für Studierende muss gelten: Gutes Geld für gute Arbeit. ★

# Faktencheck: BAföG-Reform

Die Bundesregierung verspricht mit der BAföG-Reform die Studienfinanzierung nachhaltig zu sichern und bedarfsgerecht an die Lebenswirklichkeit von Auszubildenden anzupassen. Aber hält die Reform das Versprechen? Von **Harold Weinberg**

### Was bisher geschah:

Eingeführt wurde das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 1971 von der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt. Es wurde von der 68er-Bewegung erkämpft und musste nicht zurückgezahlt werden. 1972 wurden 44,6 Prozent aller Studierenden BAföG-gefördert. Dazu kamen 500.000 SchülerInnen. Heute werden von den knapp 2,5 Millionen Studierenden in Deutschland nur noch 18,7 Prozent aus den Mitteln des BAföG finanziell unterstützt. Das BAföG

deckt dabei nur noch gut die Hälfte der realen Lebenshaltungskosten von Studierenden. Das liegt vor allem an der neoliberalen Politik seit Helmut Kohl, die die BAföG-Sätze nicht im gleichen Maße wie die Lebenshaltungskosten ansteigen ließ.

### Was sich jetzt ändert:

Im Detail sollen die Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge ab dem Wintersemester 2016/17 um sieben Prozent steigen. Der Wohnkostenanteil wird auf

250 Euro erhöht, der Freibetrag für eigenes Vermögen auf 7500 Euro und der Kinderbetreuungszuschlag auf 130 Euro pro Kind. Die Abschlagszahlungen (Vorschüsse) werden auf 80 Prozent des zu erwartenden Betrags angehoben.

Zwischen Bachelor und Master kann in Zukunft bis zur Bekanntgabe des letzten Prüfungsergebnisses gefördert werden. Bisher war eine Förderung nur bis zur letzten Prüfungsleistung möglich. Für das Masterstudium kann man schon ab der vorläufigen Zulassung Geld erhalten.

### Fazit:

Alles in allem ein Tropfen auf den heißen Stein und das auch noch viel zu spät. Die Bundesregierung setzt weiter auf das Deutschlandstipendium, das zur Hälfte von Unternehmen und zur Hälfte vom Staat bezahlt wird. Es wird weiter auf eine „Eliten-Förderung“ abgezielt, während die breite Masse der Studierenden mit einem völlig unzureichenden BAföG abgesspeist werden soll. ★

ANZEIGE

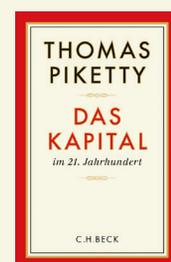
**DEMOCRACY LECTURE**  
der »Blätter für deutsche und internationale Politik«



**THOMAS PIKETTY**  
»DAS ENDE DES  
KAPITALISMUS IM  
21. JAHRHUNDERT?«

Im Anschluss an seinen Vortrag diskutiert  
Thomas Piketty mit der Philosophin  
**Susan Neiman**, dem Politikwissenschaftler  
**Hans-Jürgen Urban** und dem Kultur-  
wissenschaftler **Joseph Vogl**.  
Moderation: **Harald Schumann**

**7. NOVEMBER, 19 UHR**  
im Haus der Kulturen der Welt  
Berlin





## Ans Anpassen angepasst

Wer aus der Reihe tanzt, hat schlechte Karten: Bildung im Interesse der Wirtschaft.

Die Hochschuldozentin Christiane Florin kritisiert in ihrem Buch, dass Studierende heute zu angepasst sind. Doch Studierende haben sich nicht aus Spaß oder Desinteresse angepasst. Sie gehen nur äußerst klug mit einer Bildung um, die sich der Ökonomie unterworfen hat, meint **Ramona Seeger**.

*Liebe Christiane Florin,*

Sie schimpfen in Ihrem Essay über eine Generation von Studierenden, die zu müde zum Diskutieren ist, Adorno nicht kennt und nach vorgefertigten Stundenplänen giert. Sie vermissen den Ehrgeiz, die Begeisterung für Themen und eigenständiges Denken. Zu angepasst seien wir.

Wundert Sie das etwa? Natürlich haben wir Studierenden uns angepasst. Angepasst an eine neoliberale Ideologie, welche die Bildung der Ökonomie unterworfen hat. Die Ökonomisierung der Hochschulen hat erhebliche Auswirkungen auf uns, Dozierende und die Inhalte von Seminaren. Besonders die Orientierung der Bildung auf den Output, der enorme Zeitdruck, mit dem wir im Studium zu kämpfen haben und die begrenzte Themenauswahl lassen uns wenig Raum für kritische Diskussionen. Das macht aber nichts. Wir haben nämlich verstanden, wie der Hase läuft.

Es ist überhaupt nicht verwunderlich, dass wir uns eher für Strukturfragen als für den Studieninhalt interessieren. Wir haben in einem immer schneller werdenden Alltag gelernt, ergebnisorientiert zu arbeiten und zu lernen. Es wurde in der Schule beigebracht, dass es auf den Outcome ankommt: „Learning to the test“ war das allgegenwärtige Credo,

in zahlreichen Tests wurden unsere Fähigkeiten verglichen. Wir formulierten Standardantworten, die keine Kreativität verlangten. Wir hatten kein gutes Gefühl dabei, spielten das Spiel aber mit. Die standardisierten Vergleichstests fielen schlecht aus. Ein gutes Zeichen: Wir hatten uns (noch) nicht angepasst.

### Zum Lesen fehlt uns die Zeit

Sie kritisieren die fehlende Bereitschaft von uns, in Seminaren kontrovers zu diskutieren. Aber wie stellen Sie sich das im Bachelor-Master-System vor? Zwei Drittel von uns arbeiten neben dem Studium, um über die Runden zu kommen. Insgesamt sind wir 42 Stunden in der Woche mit Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Jobben beschäftigt. In den meisten Seminaren besteht Anwesenheitspflicht. Dann werden wir genötigt („Lesen gehört zur Prüfungsvorleistung!“), in allen Seminaren ein 40-Seiten-Pamphlet bis zur nächsten Woche zu lesen. Da die Woche nur sieben Tage hat, bleibt uns nichts anderes übrig, als zu selektieren. Wir picken uns die Rosinen raus: das, was am wenigsten Zeit beansprucht. Denn viel Zeit haben wir zum Studieren nicht. Wir wissen, dass uns das BAföG gestrichen wird, wenn wir die Regelstudienzeit nicht einhalten. Übrigens begrüßen wir es in diesem zeitlich straffen Studium sehr, wenn Sie uns

ein bisschen Arbeit abnehmen und organisatorische Aufgaben erledigen. Ein gut strukturierter Seminarplan zu Semesterbeginn und hilfreiche Texte für die Hausarbeit, die Sie in den E-Learning-Bereich hochladen. Und es wäre hilfreich, wenn Sie genau angeben, was von uns erwartet wird, damit wir die Credit Points bekommen, die wir für unseren Abschluss brauchen. Ach Frau Florin, unter uns: die traditionelle Rolle der Dozierenden hat sich verändert, genau wie der Rest der Bildung auch. Sie als Dozentin sind heute unser Coach. Und es wäre doch sehr verlogen, wenn wir alle gemeinsam in den Seminaren so tun, als ob wir kritische Wissenschaft betreiben würden.

### Wir streben nach dem perfekten Lebenslauf

Im Ernst. Es geht doch nicht mehr darum, kritische und selbst denkende Menschen auszubilden. In der Politikwissenschaft dreht sich heute alles um Governance-Theorien, das Optimieren von Human Resources und statistische Verfahren. Private Elite-Hochschulen wie die Hertie School of Governance bilden junge Menschen zu PolitikberaterInnen aus. Public Management ist heute gefragt, kein Adorno, Weber oder Schmitt. Und erst recht kein Marx oder Gramsci. Und nein, wir haben keine Lust, über An-

gebotskurven, Pareto-effiziente Zustände oder Regressionsanalysen zu reden.

Wir wollen nicht über Dinge debattieren, deren Relevanz für uns nicht offensichtlich ist. Notfalls können wir das auch googeln. Wir möchten lieber perfekt auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Der Gedanke ans Scheitern und die Gefahr, Hartz IV beziehen zu müssen, sind für uns das Schlimmste. Dass wir um Arbeitsplätze konkurrieren, wurde uns bereits in der Abi-Phase eingetrichtert und auch, dass diese Arbeitsplätze mit angepassten, dynamischen Leuten ohne eigene Ideen, aber mit perfektem Lebenslauf besetzt werden. Natürlich oft schlecht bezahlt und noch öfter befristet. Das kennen wir alles schon aus unseren vielen Praktika. Und Sie als Dozentin kennen das ja auch. Unterbezahlt und überlastet, sind viele Dozierende froh, wenn sie ein Seminar zu 80 Prozent mit Referaten füllen können.

Wenn Sie dann doch mit uns frontal über das konstruktive Misstrauensvotum debattieren wollen, bitteschön! Dann verkriechen wir uns hinter unsere Laptops und bereiten schon mal das nächste Referat vor.

Angepasste Grüße,

*Ramona Seeger*



# Zuckerpapi



Foto: Blue Bunny® Ice Cream (CC BY-NC 2.0)

Kein Zuckerschlecken:  
Studienfinanzierung als Sugarbabe.

Um das Studium finanzieren zu können, nehmen Studierende die merkwürdigsten Jobs an. Den neuesten Trend hat **May Naomi Blank** getestet.

Heute werde ich alte Männer angraben. Vorsichtshalber erstelle ich mir erstmal einen falschen Emailaccount. Eigentlich will ich einen französischen Namen, das ist ja bekanntlich erotisch. Aber alle anzüglichen Aliasse sind schon vergeben. Dann gilt es, eine Onlineplattform auszuwählen, die den Service anbietet, nach dem ich suche. Und davon gibt es viele, sehr sehr viele. Ich will wissen, was es mit dem Phänomen Sugardaddy auf sich hat, und dazu muss ich mich als Sugarbabe ausgeben.

## Prostitution oder Datingseite?

Vor einigen Monaten las ich zum ersten Mal fasziniert-angeekelt von dem Trend, der (wer ist überrascht) aus den USA zu uns herüberschwappt. Die US-amerikanische Internetplattform SeekingArrangement.com ging 2006 online und verknüpft seitdem alte reiche Männer mit jungen, nicht so reichen Frauen. Der Gründer der Webseite, Brandon Wade, machte seinen Abschluss als Ingenieur und Wirtschaftswissenschaftler an einer Eliteuniversität und landete danach einen Topjob. Trotzdem klappte es nicht so mit den Ladies. Sehr verwirrend für Wade, der in einem Interview mit der Huffington Post klagt: "Meine Mutter hat immer gesagt: Wenn man Erfolg hat, stehen die Frauen Schlange." Kurzerhand entstand ein Businesskonzept. Und eine Diskussion darüber, ob es sich bei SeekingArrangement um Prostitution oder um eine gewöhnliche Datingseite handelt.

## Im Cabrio zur nächsten Schönheitsoperation

Ich melde mich mit meiner falschen Emailadresse bei Deutschlands größter Sugardaddybörse an, mysugardaddy.eu. Während ich noch darüber grübele, welches monatliche Budget ich von meinem Sugarpapi fordern soll, werde ich schon von sechs Männern angeguckt. Arne, 50 Jahre, möchte gerne ein „junges,

hübsches Girl kennenlernen“ (Englischmenschen sind so sexy). Honeycakehorse bietet an, mich im Cabrio zu meiner nächsten Schönheitsoperation zu fahren (ein Glück, ich wusste nicht, wie ich sonst hinkommen sollte). Ein Typ namens Luxury, mit 44 Jahren ein Jungspund, regt sich darüber auf, dass er immer mehr Profile von Frauen über 40 sieht, die sich skandalös, leicht bekleidet ablichten. Das ist also die Welt der Sugardaddys.

## Sugarbabes – moderne Konkubinen?

Ob es sich um Prostitution oder, wie die Betreiber beteuern, um reguläre Dating-Seiten handelt, ist letztlich irrelevant. Im Zentrum steht ein Machtgefälle zwischen Alt und Jung, Reich und Arm, Mächtig und Ohnmächtig. Die reichen Papis, auf die ich im Internet stoße, nehmen alle an, dass ihnen ihr wirtschaftlicher Erfolg ein Anrecht auf eine junge, knackige Frau beschert. Es wäre zu einfach, an dieser Stelle eine Opfer-Täter-Interpretation zu konstruieren. Darunter, dass Männer vor allem für ihre Leistung gesellschaftliche Anerkennung erhalten, Frauen aber für ihre Körper, leiden nicht nur letztere. Trotzdem wurde mir die sexuelle Objektivierung von Frauen selten so konkret vor Augen geführt wie in Statements über Nutzerinnen, die die magische Altersgrenze von 40 überschreiten: „Meine Damen ab einem gewissen Alter... schaut euch bitte mal im Spiegel an... seht ihr dort ein BABE...?“

Mein Ausflug auf die Internetplattform bleibt eine kurze Exkursion in eine sexistische Welt. Für zahlreiche Frauen (und in den USA vermehrt junge Männer) ist es jedoch die einzige Möglichkeit, ihre Studienschulden abzubezahlen, die Miete überweisen zu können, oder einen Hauch von Luxus aus einer anderen, fernen Realität zu spüren. SeekingArrangement, Mysugardaddy und all die anderen Portale sind nur Symptome einer Gesellschaftsordnung, deren Machtgefälle sich beständig vergrößern. ★

ANZEIGE

## DA IST DAS DING!

- ▶ **Schnell:** Schon um 22 Uhr wissen, was in der Zeitung von morgen steht.
- ▶ **Bequem:** Zeitung downloaden. Jederzeit lesen – auch offline.
- ▶ **Mobil:** In der Bahn, der Uni oder im Park – mit der nd-App seid ihr immer gut informiert.

Digital, günstig, fair: die nd-App von neues deutschland.  
Jetzt 2 Monate unverbindlich testen für nur 5 €.

Erhältlich im  
App Store

JETZT BEI  
Google play



Gleich heute bestellen: (030) 29 78 18 00 oder [neues-deutschland.de/abo](http://neues-deutschland.de/abo)

neues deutschland  
DRUCK VON LINKS

# “Ich wurde die ganze Zeit überwacht”

Durchschnittlich 323 Euro verdienen sich Studierende monatlich durch jobben hinzu. Drei Studierende sprachen mit uns über miese Arbeitsbedingungen, gestrichenes BAföG und die Angst, dass durch das Arbeiten das Studium zu kurz kommt.

Illustration: Sebastian Rave



**Nora Michaelis (28)** studiert Germanistik und Philosophie in Bielefeld. Als sie während des Studiums ein Kind bekam, begannen die finanziellen Sorgen.

>>>Nach dem Bachelor habe ich ein Kind bekommen. Ich erziehe es allein. Seitdem finanziere ich mein Studium und unser Leben aus unterschiedlichen Quellen. Zuerst bekam ich noch BAföG, hatte ein Stipendium und diverse Stellen als Hiwi. Mein Kind bekommt Wohngeld, Kindergeld und Unterhalt vom Vater. Der Ganztageskitaplatz wird vom Jugendamt bezahlt. Glücklicherweise wird man als Alleinerziehende bei der Platzvergabe bevorzugt behandelt. Ansonsten hätte ich nicht nach einem Jahr Mutterzeit wieder studieren können. Meine finanzielle Situation hört sich erst mal ganz komfortabel an. Aber als nach einem Jahr mein

BAföG und Stipendium zeitgleich ausliefen, war ich voller Existenzängste. Von Wohngeld, Kindergeld, Unterhalt und 40 Hiwi-Stunden können zwei Menschen nur dann einigermaßen leben, wenn sie günstig wohnen können. Vorsorge, Absicherung und Wachstumsschübe sind sonst nicht abgedeckt. Durch glückliche Umstände konnte ich bald 60 Stunden in meinem Hiwi-Job arbeiten, hatte dann allerdings weniger Zeit für Kind und Studium. Herzrasen bei dem Gedanken, wie ich alles miteinander vereinbaren sollte, war mein ständiger Begleiter. Durch den Mehrverdienst im Hiwi-Job hatte sich auch mein Wohngeld halbiert, sodass

ich letztlich nur 130 Euro pro Monat mehr zur Verfügung hatte. Immerhin, da ist dann auch mal ein Sportkurs an der Uni fürs Kind drin. Dennoch: Ohne die Unterstützung meiner Chefin, die mich für die Zeit der Masterarbeit freigestellt hat, und die meiner Großeltern, die regelmäßig neue Kleidung für das Kind spendieren, hätte ich meinen Abschluss nicht geschafft. Und ohne den Unterhalt des Vaters und den staatlichen Leistungen schon gar nicht. <<<

**Arno Schulz (26)** hat mal Physik studiert. Jetzt studiert er Versicherungsmathematik und ist öfter im Kino als ihm lieb ist.

>>>Nach dem vierten Semester bekam ich von einem auf den anderen Tag kein BAföG mehr. Ich hatte nicht die Mindestanzahl der benötigten Leistungspunkte erreicht und mir wurde das komplette BAföG gestrichen. Ich hatte zu wenige Punkte gesammelt, weil ich drei Semester ein anderes Fach studiert hatte. Ein Studiengangwechsel ist nach dem zweiten Semester innerhalb der geltenden BAföG-Regeln nicht möglich. Um mein Studium trotzdem absolvieren zu können,

hab' ich einen Studienkredit beantragt. Ich wusste allerdings nicht, dass alle vorangegangenen Semester dabei angerechnet werden. Das hieß dann für mich, dass ich nur ein Semester lang den Studienkredit in Anspruch nehmen konnte. Mit Schulden und ohne finanzielle Rücklagen hab' ich mich auf die Suche nach einem Job gemacht, der für Miete und zum Leben reicht. Durch Zufall bin ich in der Kinobranche gelandet. Auch wenn der Stundenlohn im Vergleich zu anderen Jobs mit fast zehn Euro ok ist, gibt es einige Dinge, die ich unzumutbar finde. Unsere Betriebsleitung ist nicht in der Lage,

Dienstpläne für mehr als eine Woche zu erstellen. Das heißt für uns Angestellte, dass wir nicht langfristig planen können. Sehr belastend für uns Teilzeitarbeitende ist, dass wir aufgrund von ständigen Sparmaßnahmen unterbesetzt sind und viel Arbeit liegen bleibt. Ein anderer Effekt der Sparmaßnahmen ist, dass wir ab und zu nicht auf unsere Stunden kommen und dann weniger Geld erhalten. Die Arbeit im Kino ist mit circa 80 Stunden im Monat sehr zeitraubend und verlängert das Studium zwangsläufig, da man weniger Seminare besuchen kann. <<<

**Paul Naujoks (28)** hat vor seinem Studium erstmal Geld angespart. Dafür arbeitete er in Berliner Callcentern.

>>>Der schlimmste aller Nebenjobs ist und bleibt für mich die Arbeit im Callcenter. Ich habe in zwei verschiedenen gearbeitet. Beide Male Outbound, das heißt, man ruft im Namen verschiedener Auftraggeber unbekannte Personen an und befragt sie zu diversen Themen. Mein Spektrum ging von der Zufriedenheit mit Handyverträgen bis zur medial aufgebauten Sonntagsfrage. Die Bezahlung war für Berliner Verhältnisse ok, die Spanne reichte von 6 bis 8,50 Euro. Miserabel waren hingegen die Arbeitsbedingungen und die Art der Arbeit. In

einem Callcenter hingen überall Kameronas, mit denen die Supervisoren - so heißen die Schichtleiter - uns kontrollierten. Nebenbei hören sie auch ständig mit. Dauernd steht man unter Kontrolle. Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen waren unerwünscht. Quatschen reduziert schließlich den Output der Firma. Es ging eigentlich nur darum, Nummern automatisch wählen zu lassen, zügig und teilweise nicht standardisierte Fragen zu stellen und Antworten zu kriegen. Und dies über einen ganzen Arbeitstag. Hinzu kam, dass ich es bei der Mehrzahl der An-

rufe mit genervten Personen zu tun hatte und mich für die Störung rechtfertigen musste. Beleidigungen waren an der Tagesordnung. Abwechslung sieht anders aus. Natürlich gab es für die Interviews Provision, das führte auch irgendwie zur Selbstdisziplinierung, um an möglichst viel Kohle zu kommen. Die Provisionen waren so niedrig, dass man ständig unter Zeitdruck stand. Von abgebrochenen Interviews hatte ich nichts. Bei vierzigminütigen Befragungen kam es immer wieder vor, dass die Telefonpartner plötzlich keine Zeit mehr hatten. <<<

Illustration: Sebastian Rave

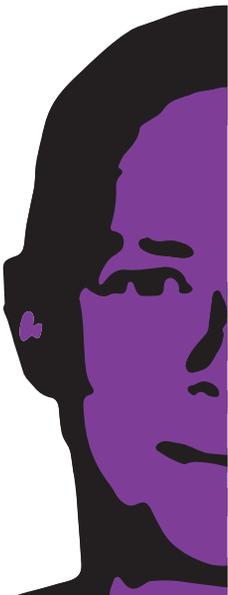


Illustration: Sebastian Rave



# Sie sagen Verantwortung und meinen Krieg

„Verantwortung“ ist das neue Modewort in der deutschen Außenpolitik. Dahinter verstecken sich Militarismus und wirtschaftliche Interessen. Von **Melanie Sänger**

Am 1. September 2014, dem Weltfriedenstag und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, fand im Bundestag eine Debatte über Waffenlieferungen statt. Am Ende wurde beschlossen, was vorher schon alle wussten: Die Bundeswehr wird Waffen an kurdische Einheiten liefern. Die FAZ nannte die Entscheidung die „letzte Etappe in Richtung Normalität“, in der „Welt“ hieß es, Deutschland übernehme nun Verantwortung. Der Begriff der Verantwortung hat in der Außenpolitik der letzten Jahre eine steile Karriere gemacht. Bundespräsident Gauck plädierte auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz dafür, dass Deutschland Verantwortung übernehmen und sich in Zukunft international mehr beteiligen solle – auch militärisch. Außenminister Steinmeier betonte einen Tag später, dass „eine Kultur der Zurückhaltung nicht zu einer Kultur des Heraushaltens“ werden dürfe. Ein Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Jahre zeigt jedoch, dass die Politik der Bundesregierung weder zurückhaltend noch geeignet ist, um Konflikte zu lösen – im Gegenteil.

## Waffen für alle

Es ist bezeichnend, dass Deutschland ausgerechnet durch die Lieferung von Kampfgerät in den vor Waffen strotzenden Nahen Osten angeblich Verantwortung übernehmen will. Das fügt sich nahtlos in die bestehende Praxis ein. Die deutsche Rüstungsindustrie ist – politisch flankiert von

der Bundesregierung – der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. 2013 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte von mehr als 8 Milliarden Euro bewilligt, in den Vorjahren sah es ähnlich aus. Unter den Exporten befinden sich weiterhin viele Kleinwaffen, mit denen weltweit die meisten Menschen getötet werden. Und auch bei den Käufern ist die Regierung nicht wählerisch. Im letzten Jahr wurden zum Beispiel 18.201 Gewehre und weitere Rüstungsgüter im Wert von 34,8 Millionen Euro nach Saudi-Arabien verkauft, aber auch Exporte an weitere undemokratische Staaten wie Katar, Algerien und die Vereinigten Arabischen Emirate wurden genehmigt.

## Rekrutierung in Schulen

Gleichzeitig wurde die Bundeswehr zur flexiblen Einsatzarmee umgebaut. Sie beteiligt sich aktuell mit etwa 6.000 Soldaten an mehreren Auslandseinsätzen, unter anderem in Afghanistan, auf dem Balkan, im Mittelmeer und in Somalia. Im Zuge der Bundeswehrreform sollen in Zukunft noch mehr Soldaten entsendet werden. Auch innerhalb Deutschlands ist das Militär präsenter geworden. Um auch nach dem Wegfall der Wehrpflicht Soldaten anzuwerben und für ideologische Unterstützung zu sorgen, ist die Bundeswehr in Schulen, Universitäten, auf Stadtfesten und in großflächigen Zeitungsanzeigen präsent. In vielen Hochschulen findet außerdem vom Verteidigungsministerium oder von Unternehmen direkt finanzierte Rüstungs-

forschung statt.

Zivile Krisenvorsorge und Konfliktbearbeitung finden dagegen kaum Beachtung – obwohl sie weit besser geeignet sind, um Konflikte zu entschärfen. Denn bewaffnete Konflikte und humanitäre Katastrophen entstehen nicht über Nacht, sondern durch Faktoren wie ökonomische Unterdrückung, Armut und Arbeitslosigkeit. All das hängt mit dem massiven globalen wirtschaftlichen Ungleichgewicht zusammen, von dem Deutschland weltweit mit am stärksten profitiert. Auch das machte Gauck in seiner Rede deutlich: Deutschland sei so tief verwohen mit der Welt wie wenige andere Staaten. „Somit profitiert Deutschland besonders von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System.“ Diese „offene Ordnung“ besteht darin, dass Milliarden Menschen durch Billiglöhne ausgebeutet werden, um günstig Waren für den europäischen Markt zu produzieren; sie bedeutet auch, dass Absatzmärkte gesichert und Entwicklungsländer mit billigen und subventionierten Agrarprodukten aus Industriestaaten überschwemmt werden, die die heimischen Anbieter nieder konkurrieren und ihre Lebensgrundlage vernichten; sie bedeutet, dass Rohstoffe geschöpft und Exportwege freigehalten werden. Als störend wird empfunden, wer oder was dieses System infrage stellt. Deshalb soll es mit aller Macht aufrecht erhalten werden, falls nötig auch mit militärischen Mitteln. Es geht der Bundesregierung offensichtlich nicht um Verantwortung, sondern um Macht und

wirtschaftliche Interessen. Das ist nicht nur bei Gauck zwischen den Zeilen zu lesen, sondern steht auch, geschmückt mit allerhand schönen Worten wie Vertrauen, Diplomatie und Menschenrechte, im Koalitionsvertrag.

## Koalition des Freihandels

Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, das Konzernen weitgehende Freiheiten einräumt und soziale und ökologische Standards bedroht, wird dort zum Beispiel als zentrales Projekt bezeichnet. Ebenso soll ein Freihandelsabkommen mit Japan verhandelt werden. Die Zusammenarbeit mit der NATO, die ihre Legitimation als Verteidigungsbündnis längst verloren hat und ständig neue Konflikte führt, wird hervorgehoben. Für die EU wird eine Diskussion darüber gefordert, „was sie mit vorrangig zivilen Mitteln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen erreichen kann und will.“ Die Überschrift des Kapitels lautet, wie könnte es anders sein, „Verantwortung in der Welt.“

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der Kurs der Bundesregierung kein verantwortungsvoller ist. Die wirkliche Verantwortung tragen diejenigen, die die medial vermittelten Gründe für Militäreinsätze hinterfragen und sich für eine friedliche und solidarische Welt einsetzen. Nur auf der Basis von dauerhaftem Frieden und der Verhinderung von Gewalt kann sich eine Gesellschaft positiv entwickeln und Wohlstand generieren. ★

# Im Namen der Freiheit

**Paul Naujoks skizziert den Werdegang eines Bundespräsidenten, der sich die Freiheit nimmt, Freiheit je nach Gusto anders zu definieren.**

Joachim wurde als Sohn zweier NSDAP-Mitglieder 1940 in das damalige Reichsgebiet geworfen, um sein Leben in Mecklenburg zu verbringen. Gezeichnet durch das Wegsperrn seines Vaters wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Hetze, erholte sich Gauck nie von den Gräueltaten sozialistischer Staatseingriffe. Schnell entwickelte sich sein Wille zur Freiheit, die ihn seither durch sein Leben und etliche Talkshows, Interviews und Reden begleitet. Vorerst widmete er sich aber der freiheitsliebenden Bibel und wurde Pastor. Kurz vor der Wende nahm er sich persönlich die Freiheit, um kollektive Freiheit, also die Freiheit der Anderen, irgendwie anders zu sehen: Er biederte sich als junger Pfarrer bei Staat und Stasi an. Doch unglaublich fix kam die Wende und er musste sich schnell ein Label suchen, das ihn nicht zu einem Wendeverlierer machen würde. Er wurde Bürgerrechtler, ohne dass BürgerrechtlerInnen ihn jemals vorher gesehen hatten. Schwuppsdiwupps wurde er Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde und konnte fröhlich halb Ostdeutschland kriminalisieren und sich selbst, ganz frei, entkriminalisieren.

Von heute auf morgen war er Bundespräsident, dank der SPD und den Grünen. Die Merkel wollte ihn nicht so ganz: Der Konservativen war der Rechtskonser-

vative nicht ganz geheuer. Jetzt fühlte er sich richtig frei. Endlich hatte er mediales Gehör für seine Kritik an der Occupy-Bewegung und schwadronierenden AntikapitalismusspinnerInnen. Gesellschaftliches Engagement ist romantisches Gedöns, es lebe die Freiheit des Staates, der für ihn am besten ein autoritärer ist. Gleichzeitig polterte er nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Er will seinen Begriff der Freiheit nun auch mit Waffengewalt und Bundeswehr gen Osten tragen und teilen. Das Teilen: Überbleibsel ostdeutscher Erziehung. Mit der Anerkennung der Oder-Neiße Linie konnte er sich ohnehin nie abfinden, da war die Annexion der Krim durch den ehemaligen großen Bruder Russland ein gefundenes Fressen: „Wir werden Politik, Wirtschaft und Verteidigungsbereitschaft den neuen Umständen anpassen.“ Nun konnte er sich im Namen der westlichen Freiheit endlich an dem rächen, was ihm und seiner Familie durch die Sowjets angetan wurde. Appeasement war ihm schließlich schon immer ein Dorn im Auge. Und weil das nicht so schnell geht, möchte er sich - mit dann frischen 77 Lenzen - durch eine weitere Amtszeit salbadern. Irgendwann später werden wir sagen können: Möge er in Freiheit ruhen. ★

## Lexikon

### Zivilklausel, die

Eine Zivilklausel ist die Selbstverpflichtung einer Hochschule, keine Forschung und Lehre zu militärischen Zwecken, im Auftrag von Militär oder Rüstungsfirmen oder in Kooperation mit diesen zu betreiben. „Zivil“ meint dabei „nicht-militärisch“. Üblicherweise nimmt eine Hochschule die Zivilklausel formal in ihre Grundordnung auf. Das muss vom Senat beschlossen werden. Die Einhaltung der Zivilklausel ist allerdings rechtlich nicht bindend, da sie nur eine Selbstverpflichtung darstellt. Die Wirksamkeit einer Zivilklausel wird erhöht, wenn Forschungsprojekte und deren Auftraggeber, Finanziere und Ziele transparent gemacht werden. Zivilklauseln wirken nicht nur durch ihre formale Verankerung. Sie macht auch die Rüstungs- und Militärforschung der jeweiligen Hochschule in der Öffentlichkeit bekannt und kann die Studierendenschaft politisieren. Zivilklauseln sind daher auf das aktive Engagement der Studierendenschaft angewiesen.





# Vom Konsum zum Kommunismus?

Gutes Gewissen € 1,99

Kann Konsumkritik die Welt verändern? Nein, meint **Kerstin Wolter**. Denn Konsum ist nicht nur eine individuelle Entscheidung, sondern auch eine gesellschaftliche.

Es gibt Dinge, die kann man sich kaufen. Für alles andere gibt es den Klassenkampf.

Wir alle haben das schon einmal erlebt: Wir trinken ein bekanntes koffeinhaltiges Kaltgetränk, essen ein mehr oder weniger leckeres Schweinesteak in der Mensa oder tragen den neusten Pulli eines bekannten Textileinzelhandelsunternehmens und schon ist er da: der moralische Zeigefinger. Der Konsum von bestimmten Getränken, Fleisch und Billigkleidung ist oft Gegenstand von Debatten um „das richtige Leben im falschen“. Nicht selten wird dabei falscher Konsum vorgeworfen.

Der Nachhaltigkeitsforscher Niko Peach beschreibt es in einem Deutsche-Welle-Interview so: „Wir sind abhängig vom Konsum. Wir sind Junkies. Und Junkies tun nichts gegen den Dealer“. Wenn Konsum eine Sucht ist, die uns Menschen in eine Abhängigkeit von unserem Dealer – dem Einzelhandel – stürzt, dann sollten wir uns lieber in eine Entzugsklinik begeben, um uns von dieser Sucht zu befreien. Also Schluss mit konsumieren. Das ist es auch, was viele Menschen predigen, die Umweltzerstörung, Profitlogik und Ausbeutung durch bewussteren Konsum oder gar Konsumverzicht überwinden wollen. Erfolgreiche Boykottaufrufe wie der Boykott von Shell-Tankstellen im Jahr 1995, dem etwa 50 Prozent der deutschen Bevölkerung folgten, scheinen ihnen Recht zu geben. Doch kann eine Veränderung unseres Konsumverhaltens tatsächlich den Kapitalismus außer Kraft setzen und eine ganz andere Welt möglich machen?

Es ist problematisch, die Lösung allein bei den KonsumentInnen zu suchen. Statt den Zweck der Wirtschaft und die Produktionsbedingungen der Unternehmen zu kritisieren, wird ein moralischer Appell an die Einzelnen gerichtet. Sie sollen ihre Bedürfnisse zurückschrauben und sich in einem System einrichten, das zwingend einen Großteil ihrer Wünsche unerfüllt lässt. Die Auswüchse kapitalistischer Produktion, Massentierhaltung oder Billiglöhne nützen allein den Unternehmen. An der Profitlogik wird sich nichts ändern, wenn wir im Biomarkt einkaufen oder fair-trade Produkte konsumieren. Das einzige, was wir uns dann kaufen, ist ein gutes Gewissen. Und nicht nur das spricht gegen die alleinige Fokussierung auf Konsumkritik.

## Konsumkritik als Disziplinierungsmaßnahme

Das gegenseitige Kontrollieren des individuellen Konsums bedient auch jene neoliberale Ideologie, nach der jeder Mensch allein etwas bewirken könne, wenn sie oder er nur diszipliniert genug ist. Auch Niko Paech meint, dass es letztlich eine Frage der Disziplin sei, wie sehr man sich einschränken kann. Hier geht es nicht mehr um die gemeinsame Verbesserung oder Überwindung der jetzigen Verhältnisse. Vielmehr ist jede und jeder ihres und seines Glückes SchmiedIn – das große Ganze gerät aus dem

Blick. Konsum ist keine rein individuelle Entscheidung, sondern eine gesellschaftliche.

## Konsumkritik ist klassenblind

Die Verhältnisse in Deutschland verdeutlichen, dass der Aufruf zum Konsumverzicht für viele nur schwer nachvollziehbar ist. Entgegen häufiger Behauptungen haben immer mehr Menschen immer weniger und leben in prekären Verhältnissen. Die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse nimmt zu, die Reallöhne sinken und es gibt stetig mehr Niedriglohnjobs. Angesichts dessen scheint es geradezu perfide, weiter Verzicht zu predigen. Auch teure Produkte, die ressourcenschonend und mittels fairerer Arbeitsverhältnisse hergestellt wurden, lösen das Problem nicht. Das können sich nur Reiche leisten. Konsumkritik ist klassenblind.

## Bock auf Verzicht?

Für viele Menschen bedeutet Konsum Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Handys und Computer ermöglichen die Teilnahme an sozialen Netzwerken. Nicht nur digital, sondern auch ganz real. Konsumfähigkeit kann zum Ein- und Ausschlusskriterium für gesellschaftliches Ansehen, für Status, Kultur, Prestige und Geschmack werden. Gerade für jene, die

nicht über genügend Macht und Einfluss verfügen, ist Konsum ein wichtiges Instrument für gesellschaftliche Anerkennung. Die Forderung müsste deshalb lauten: mehr Konsum statt weniger. Angesichts steigenden Ressourcenverbrauches, Überproduktion und menschenverachtenden Arbeitsbedingungen klingt das erstmal merkwürdig. Es kann aber neue Perspektiven eröffnen. Dabei müssen wir uns nicht nur fragen, wie wir konsumieren, sondern vor allem, wie wir produzieren und diese Produktion demokratisch gestalten. Es muss darum gehen, Perspektiven zu entwickeln, diese Probleme in den Blick zu nehmen – ohne die Schuld beim Einzelnen zu suchen. Ein erster Ansatz wäre, die aktuelle Ausdünnung sozialer Infrastruktur zu beenden und einen kostenlosen Zugang aller zu ermöglichen. Zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohnen. Ebenso müssen wir die Energieproduktion und öffentliche Versorgung einer demokratischen Kontrolle unterwerfen und ökologisch nachhaltig gestalten. So können wir Veränderungen gemeinsam angehen und müssen die Verantwortung nicht allein tragen. Das verlangt eine Vernetzung und die Einbindung vieler. Ob in lokalen Kiezinitiativen, bundesweiten Bündnissen oder bereits bestehenden linken Organisationen. Eine Entzugsklinik ist keine Lösung. ★

# Aufklärung wider Willen

Immer wieder sabotieren staatliche Behörden eine konsequente Aufklärung des NSU-Terrorismus. Ihre eigene Rolle im NSU-Netzwerk soll verborgen bleiben.

Von Alexander Hummel

Deutschland ist ein überwacht Land. E-Mails werden automatisiert auf verdächtige Inhalte durchsucht, was auf facebook geschrieben wird, wird an die NSA übermittelt und Polizei- und Geheimdienstspitzel hören auch schon mal zu, wenn bei öffentlichen Diskussionsrunden, in geschlossenen Plena oder an WG-Tischen über Politik diskutiert wird. Bei dieser Rundumüberwachung muss verblüffen, dass das NSU-Terrortrio mit seinem UnterstützerInnenumfeld von über 100 Personen jahrelang scheinbar unbeachtet von staatlichen Behörden mordend und raubend durch Deutschland ziehen konnte. Wie konnten die staatlichen Behörden so blind sein?

Die bisherige Aufklärung im Münchner NSU-Prozess, in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Antifa-Forschungsgruppen hat gezeigt, dass nicht alle blind waren. In Sachsen wussten die Behörden bereits 1998 vom NSU. Spätestens im Frühjahr 2000 war auch das Bundesamt für Verfassungsschutz umfassend informiert. Die Polizei kannte das Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe und ihre Kontakte zu Bombenbauern bereits vor deren Untertauchen.

Charakteristisch für die polizeiliche Ermittlung zu den NSU-Morden war stets,

dass die Möglichkeit eines rassistischen Hintergrunds der Taten ausgeschlossen wurde. Stattdessen gingen die Polizeibehörden sehr bald von einem Mord im „migrantischen Milieu“ aus. Diese Blindheit muss schockieren. Schließlich gab es schon Ende der 90er Warnungen, dass sich die rechtsradikale Szene bewaffnet.

Anweisung von „ganz oben“

In solchen Fällen muss von polizeilichem Versagen auf ganzer Linie gesprochen werden. Es gibt aber auch Fälle, in denen es nicht reicht, von bloßer Inkompetenz auszugehen. So etwa, wenn die Polizei mehrfach die Möglichkeit hatte, das NSU-Trio zu verhaften. Über die Gründe, warum es dazu nicht kam, kann bisher nur spekuliert werden. In einem Fall konnte der Thüringer Untersuchungsausschuss sogar aufdecken, dass PolizistInnen von „ganz oben“ Anweisung erhielten, Hinweisen zum Verbleib des NSU-Trios nicht nachzugehen und in diesem Fall „nichts herauszufinden“. Werner Jakstatt – der damalige Vizechef und heutige Chef des Landeskriminalamtes – gab damals diese Anweisung. Solange Umfang und Gründe solcher gezielter Ermittlungssabotage noch unklar sind und akzeptiert wird, dass

Personen wie Jakstatt weiterhin Ämter bei Polizei oder sonstigen Behörden bekleiden, ist der NSU-Skandal nicht einmal annähernd aufgeklärt.

Zentral ist auch, die verantwortlichen Personen und Strukturen für die staatliche Unterstützung solcher rechtsradikaler Strukturen wie den „Thüringer Heimatschutz“ (THS) zur Rechenschaft zu ziehen. Der Chef dieser rechtsradikalen Organisation im SA-Stil war lange Jahre der V-Mann Tino Brandt, der vom Thüringer Verfassungsschutz monatlich 5000 Euro erhielt. Geld, das für den THS existenziell war – die Organisation, von der ausgehend das NSU-Trio später sein im Untergrund überlebensnotwendiges rechtsradikales Netzwerk aufbaute. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke sagt dazu: „Ohne den THS gäbe es den NSU nicht.“ Wenn der THS jedoch notwendig für den NSU war und der THS auf die Gelder des Verfassungsschutzes angewiesen war, dann wäre ohne den Verfassungsschutz auch der NSU nicht möglich gewesen. Beim NSU handelt es sich damit um staatlich unterstützten Rechtsterrorismus. Zu dieser Schlussfolgerung kommt auch der Thüringer Untersuchungsausschuss. Er spricht von einer „mittelbaren Unterstützung“ des NSU und „Begünstigung“ rechtsextremer Strukturen durch staatliche Behörden.

Zerschredderte Akten

Auch die Kontakte des NSU-Netzwerks zu anderen rechtsradikalen und rechtskonservativen Organisationen, so etwa Blood & Honour, den Hammerskins, dem Baden-Württemberger Ku-Klux-Klan,

der NPD und der „Deutschen Burschenschaft“ müssen konsequent aufgeklärt werden. Zentrales Instrument dafür sind parlamentarische Untersuchungsausschüsse wie derjenige in Thüringen. Ihr Recht auf die zur Aufklärung notwendige umfassende Akteneinsicht macht sie unverzichtbar. Bitter dabei ist, dass einerseits viele hierfür wertvolle Akten bereits vermeintlich wegen Unachtsamkeit zerschreddert wurden und andererseits Parteien wie CDU und FDP, aber auch SPD-geführte Innenministerien sich aktiv gegen solche Untersuchungsausschüsse stellen. So etwa in Baden-Württemberg, wo trotz massiven innerparteilichen und zivilgesellschaftlichen Drucks sowie einer grün-roten Landesregierung noch immer kein Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde.

Während das NSU-Netzwerk viele Fragen offen lässt, werden deren Handlungen längst zum Vorbild für weitere rechtsradikale Straftaten. Seit dem 4. November 2011 hat die Polizei in Deutschland insgesamt 208 Delikte registriert, bei denen sich positiv auf den NSU und seine Mordserie bezogen wurde. Die selektive Blindheit staatlicher Behörden, die indirekte Unterstützung rechtsterroristischer Strukturen und die NachahmerInnen zeigen: Das Problem lässt sich nicht auf ein Trio, das UnterstützerInnenumfeld des NSU oder den rechtsradikalen Sumpf reduzieren. Das Problem ist ein gesellschaftliches Klima, das die Taten des NSU und seiner NachahmerInnen erst ermöglichte. Das Problem heißt Rassismus. ★



Was passierte hinter den Mauern des Verfassungsschutzes, als der NSU mordete?

# Wenn Protest zum Verbrechen wird

Die Augen des Staates schauen schon immer stärker nach links. In letzter Zeit schlägt er eine noch härtere Gangart an. Von **Jakob Migenda**

Die Hamburger Polizei erklärt halb Altona und St. Pauli zu einem „Gefahrengebiet“, in dem sie grundlos kontrollieren darf. Die Berliner Polizei belagert mit 900 Einsatzkräften tagelang eine von Geflüchteten besetzte Schule, um sie zu räumen. Ein Wiener Gericht verurteilt einen Studenten nach einer widersprüchlichen Aussage eines einzelnen Polizeispitzels zu mehreren Monaten Haft, weil er auf einer Demo einen umgeworfenen Mülleimer aufgerichtet hatte. Das alles geschah nicht in der tiefsten Reaktion des 19. Jahrhunderts, sondern im Jahr 2014.

## Wasserwerfer statt Wohngeld

Immer ging es um linken Protest: In Hamburg war es eine Demo gegen die Verdrängung alteingesessener MieterInnen und die drohende Räumung des Kulturzentrums „Rote Flora“ sowie für das Bleiberecht von Refugees aus Lampe-

dusa. Die Geflüchteten protestierten zwei Jahre lang für ein Bleiberecht und gegen die Asylpolitik, ehe sie geräumt werden sollten. Vielen BesetzerInnen droht bis heute die Abschiebung. Die Räumung konnte nur die tagelange Umzingelung der Polizeibelagerung durch hunderte Demonstrierende und die Drohung einiger Flüchtlinge, sich bei einer Räumung vom Dach zu stürzen, aufhalten. Beide Beispiele waren ein PR-Desaster für die Behörden. Sie zeigen eine Tendenz zu einem autoritäreren Vorgehen des Staates, der auf Proteste schnell mit Repressionen reagiert. Dabei ist die Politik für viele der Probleme mit verantwortlich. Mitschuldig an steigenden Mieten ist eine Wohnraumpolitik, die Profitstreben statt Sozialwohnungen förderte. Steigende Flüchtlingszahlen in Deutschland sind auch Folge der NATO-Kriege. Viele Flüchtlinge kommen aus dem Irak, Afghanistan und Syrien.

Gleichzeitig sind die Lebensbedingungen für AsylbewerberInnen hierzulande desaströs. Zumeist werden sie in abgelegenen Lagern untergebracht, bekommen weniger als Hartz-IV und können nicht legal arbeiten. Wegen knapper Haushalte können Bund und Länder derzeit kaum durch höhere Sozialausgaben diese Probleme entschärfen. Statt die Probleme zu bekämpfen, bekämpfen sie den Protest und rüsten auf. Auf der Bestellliste der Polizei stehen derzeit 78 Wasserwerfer.

## Braune Wiener Melange

Der Staat wird jedoch nicht nur in Deutschland aggressiver, wie ein Beispiel aus Wien zeigt. Der Jenaer Student Josef wurde während der Proteste gegen den Akademikerball festgenommen. Der Ball der rechten FPÖ zieht alljährlich eine Melange aus Burschenschaftlern, Neonazis und Eliten der österreichischen Gesellschaft in die Wiener Hofburg. Inzwischen gibt es große Proteste dagegen. Schließlich stand Josef vor Gericht. Ein Polizeispitzel wollte ihn dabei gesehen haben, wie er den Schwarzen Block mit seinem Handy dirigierte. Die Anrufrufen seines Handys bewiesen das Gegenteil. Auch

die zahlreichen Überwachungskameras konnten ihn lediglich dabei ertappen, einen umgefallenen Mülleimer wieder aufzustellen.

Pikant war die Verurteilung nicht nur wegen der den Studenten vollkommen entlastenden Beweislage, sondern auch wegen der Anklage wegen Landfriedensbruches. „Der Paragraph wurde noch vor wenigen Jahren als völlig veraltet belächelt und kam in Jura-Vorlesungen nur als historisch interessant vor“, erklärt die österreichische Juristin Julia Hemmelmayr. „Aber nun wird er trotz des relativ weiten Interpretationsspielraumes wieder aus der mittelalterlichen Zauberkiste geholt.“

Mit seinem Wunsch nach Stärke und Autorität steht der Staat zum Glück alleine da. Es protestieren nicht nur Linke und BürgerrechtlerInnen, auch viele Medien reagieren ablehnend. Die Süddeutsche Zeitung interviewte Josef ausführlich und auch über die Polizeibelagerung der Refugees in Berlin fand sich kaum ein positiver Kommentar. Diese gesellschaftliche Stimmung macht Mut im Kampf gegen einen autoritärer werdenden Staat. ★

## „Wir machen gemeinsam Solidaritätsarbeit“



Logo: Rote Hilfe

**Silke ist Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe. Wir haben sie zu ihrer Arbeit befragt.**

**critica:** Wer ist die Rote Hilfe und was tut sie?

**Silke:** Die Rote Hilfe ist eine linke Solidaritätsorganisation mit fast 50 Ortsgruppen

und über 6800 Mitgliedern bundesweit. Wir unterstützen linke Aktive, die wegen ihrer politischen Aktivitäten staatlicher Repression ausgesetzt sind. Zu unserer Arbeit gehören die politische Begleitung wie zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit und Prozessbesuche, der juristische Support und die finanzielle Unterstützung bei Gerichts- und Anwaltskosten. Außerdem arbeiten wir mit Vorträgen, Veröffentlichungen und Kampagnen zu vielen Repressionsthemen. Und wir erstellen kostenloses Infomaterial, zum Beispiel die Broschüre „Was tun wenn's brennt“, in der wir linken Aktiven Verhaltenstipps für den Umgang mit Polizei und Justiz geben.

**critica:** In welchen Situationen könnt ihr Personen helfen?

**Silke:** Klassische Beispiele sind Festnah-

men auf Demonstrationen oder nach einer Aktion und Gerichtsverfahren, die sich daraus entwickeln können. Andere Repressionen, mit denen wir häufig konfrontiert sind, sind Hausdurchsuchungen und Anquatschversuche vom Verfassungsschutz.

**critica:** Ihr arbeitet nach eigener Aussage strömungsübergreifend. Was heißt das?

**Silke:** Die Rote Hilfe unterstützt Aktive aus der gesamten Linken, egal, ob sie sich als sozialistisch, anarchistisch, kommunistisch oder als linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verstehen oder zu welchem Schwerpunktthema sie sich engagieren. Deshalb sind auch alle Strömungen der Linken in der Roten Hilfe vertreten und machen gemeinsam Solidaritätsarbeit.

**critica:** Ist es nicht einfacher, wenn Organisationen ihre Mitglieder selbst unter-

stützen?

**Silke:** Jeder linke Zusammenhang sollte sich mit der Abwehr von Repression befassen. Größere Angriffe des Staates überfordern aber örtliche Gruppen oft, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Eine Organisation wie die Rote Hilfe, die kontinuierlich bundesweit aktiv ist und über größere finanzielle Ressourcen verfügt, kann die lokale Szene unterstützen und entlasten. Dabei wollen wir keineswegs die Solidaritätsarbeit monopolisieren, sondern auf enge Zusammenarbeit mit den politischen Strukturen vor Ort setzen.

**critica:** Wie kann man eintreten?

**Silke:** Dazu muss man nur das Beitrittsformular in einer unserer Publikationen ausfüllen. Wir freuen uns, wenn Mitglieder die Arbeit auch aktiv unterstützen. ★

# „Musik hat ein großes Mobilisierungspotential“



Foto: Privat

Der Berliner Rapper Kaveh macht politischen Hip Hop. Mit uns sprach er über die Verarschung durch Medien, verkürzte Kapitalismuskritik und Hip Hop-Magazine, die seine Musik boykottieren.

**critica:** Deine Texte handeln oft von gesellschaftlichen Konflikten. Würdest du dich als politischen Musiker bezeichnen?

**Kaveh:** Auf jeden Fall. Im Endeffekt ist aber alles politisch. Denn sobald man etwas sagt oder tut, hat das eine direkte politische Auswirkung.

**critica:** Was hat dich politisiert?

**Kaveh:** Ich komme aus einer politisch interessierten und gesellschaftlich engagierten Familie und war sehr früh schon an politischen Themen interessiert. Mit 14 Jahren habe ich zum ersten Mal das Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels gelesen und zur selben Zeit kam ich mit politischem Rap wie Public Enemy und BDP in Berührung.

**critica:** Medien und Politik sprechen häufig von einer Entpolitisierung und Konsumorientierung der Jugend. Siehst du das ähnlich?

**Kaveh:** Ich sehe das differenzierter. Auf der einen Seite ist es schwer, Jugendliche für Politik zu begeistern und in ihnen eine kritische Haltung gegenüber den vorherrschenden Verhältnissen zu wecken, da Deutschland als eine der produktivsten Wirtschaftsnationen der Welt einen hohen Lebensstandard aufweist und einfach nicht die Bedingungen und historische Notwendigkeit einer breiten Politisierung und Mobilisierung vorhanden sind. Andererseits merken immer mehr Jugendliche, dass sie von der Politik, Wirtschaft und den Mainstream-Medien verarscht werden. Sie glauben nicht mehr an das, was man ihnen als angebliche Wahrheit auf dem Silbertablett präsentiert und sie suchen sich alternative Medien oder recherchieren sogar selbst. Da ich momentan hauptberuflich in der politischen Bildungsarbeit tätig bin und viele Rap- und Antirassismus-Seminare leite, fällt mir diese skeptische Einstellung in den letzten Jahren immer stärker auf. Der Ukraine-Konflikt ist ein gutes Beispiel dafür, dass viele die Hetze gegen Russland als eine interessengeleitete Politik identifiziert haben, die nichts mit Menschenrechten am Hut hat, sondern

hauptsächlich die geostrategischen Interessen der USA und ihrer gehorsamen europäischen Alliierten, allen voran Großbritannien und Deutschland, widerspiegelt.

**critica:** Was zeichnet politische Musik aus?

**Kaveh:** Politische Musik zeichnet sich dadurch aus, dass man sich explizit in den Texten mit aktuellen tages- und weltpolitischen Themen auseinandersetzt und sich für eine bestimmte Gesellschaftsordnung einsetzt. Bestenfalls kann man mit Musik Menschen zum Nachdenken bringen und ein Gefühl von Identifikation und Gemeinschaftssinn erzeugen. Schlimmstenfalls reproduziert und verfestigt man gesellschaftlich vorherherrschende Diskriminierungsstrukturen wie Rassismus, Sexismus und Homophobie oder fördert Anpassung und politisch-gesellschaftliche Passivität.

**critica:** Adorno hat gesagt, dass „alle Versuche, politischen Protest mit Populär Music zusammenzubringen, zum Scheitern verurteilt sind“. Stimmt du dem zu?

**Kaveh:** Adorno und Teile der Frankfurter Schule hatten ein ziemlich negatives Bild von der menschlichen Natur und den Möglichkeiten für eine Befreiung von Herrschaft und Kapital. Das unterscheidet sie wohl von den französischen Existenzialisten wie Sartre und Camus, die der menschlichen Willenskraft mehr zutrauten. Natürlich hat Adorno Recht, wenn er die Verquickung von Unterhaltungsindustrie und Kapital hervorhebt. Künstler, die wirklich kritische Musik machen, haben es sehr schwer, medial Gehör zu finden. Die meisten Songs, die gespielt werden, sind leicht verdäulich und sehr oberflächlich. Sie haben mehr mit Unterhaltung als mit Kunst zu tun. Die Unterhaltungsindustrie kann also gut dafür benutzt werden, die Menschen zu berieseln und von den wichtigen Problemen abzulenken, sie zu manipulieren und passiv zu halten. Künstler, die das Gegenteil versuchen, müssen sich eigene Netzwerke aufbauen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Meine Mu-

sik zum Beispiel wird von Booking-Agenturen, Labels und einflussreichen Hip-Hop-Foren oder Magazinen größtenteils boykottiert. So geht es vielen, die eine kritische Kunst verfolgen. Adorno ist aber noch einen Schritt weiter gegangen. Man könnte ihm vielleicht vorwerfen, dass er die revolutionäre Kraft der Musik unterschätzt hat. Für Adorno bot Kunst die Möglichkeit der Zuflucht. Er sah sie als „gesellschaftliche Antithese zur Gesellschaft“ und „Statthalter einer besseren Praxis“. Musik hat aber auch ein großes Mobilisierungspotential, um gegen Ungerechtigkeit vorzugehen und zivilgesellschaftlichen Druck und zivilen Ungehorsam auszuüben. Man kann mit Musik einfach unglaublich viele Menschen erreichen und wenn mehr Musiker ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen würden, könnten das kapitalistische System und ihre Handlanger schneller ins Straucheln kommen.

**critica:** Es gibt immer wieder Debatten über eine verkürzte Kapitalismuskritik von Musikern. Kann Musik es überhaupt leisten, Menschen aufzuklären?

**Kaveh:** Der Vorwurf der verkürzten Kapitalismuskritik ist meiner Meinung nach selbst verkürzt. Viele sogenannte Linke lehnen sich lieber zurück und tun so, als wäre der Kapitalismus ein rein abstraktes System, das quasi von selbst verschwindet. Nicht zuletzt, weil viele Linke mittlerweile Teil des Systems geworden sind und davon klar und deutlich profitieren. Der Klassenkampf, also der aktive Kampf gegen Konzerne und Kapitalisten, die die gegebenen Verhältnisse aufrecht erhalten, also uns unterdrücken und ausbeuten, findet bei einem nicht unbedeutenden Teil der Linken gar nicht mehr statt. Wenn überhaupt, kann Musik nur diejenigen aufklären, die sich noch nicht intensiv mit Politik befasst haben. Aber sie spricht vor allem die Emotionen an und ist für eine Widerstandsbewegung identitätsstiftend. ★

Das Interview führte Deniz Remberg.

# Angehö



Bild: Audiolith

Auf ihrem dritten Album „Kunstwerk“ treten Supershirt wie gewohnt auf: Gesellschaftskritik verpackt in Electro, Indie und Pop.

„Der Mensch als Fabrik: Produkt, Produkt / Die Maschine produziert, sie schluckt und spuckt / Diggy, Du hast keine Wahl man: Watt mutt dat mutt / Deine kleine geile Firma wird geschluckt vom Druck.“

Vocals und Texte stehen deutlich im Vordergrund und bilden zusammen mit dem tanzbaren Beat ein musikalisches Kunstwerk der Kritik. Voll mit bitterböser Ironie laden die Songs zum Mitsingen ein. Wie auch die Vorgängeralben ist „Kunstwerk“ bei dem Hamburger Independent-Label Audiolith Records erschienen. Supershirt präsentieren sich auf diesem Album erstmals als Trio und treten im Gegensatz zu den ersten beiden Alben „Du bist super“ und „8000 Mark“ entschieden eindringlicher auf.

Während Musik in der Regel entweder viel Wert auf kritische oder polarisierende Texte legt, oder nur die Tanzflächen füllen will, versuchen Timo Katze, Tim Brenner und Faxe System einfach beides. Kein leichtes Unterfangen.

„Wir müssen ein Kunstwerk zerstören / Mit einem Kunstwerk zerstören / Wir müssen grundlos zerstören / Nur weil es nervt, ist es noch keine Kunst!“

Ob es sich hier um die Verachtung der Scheinkunst oder um einen allgemeinen Kunsthass handelt, wird im Titeltrack des Langspielers nicht ersichtlich. Logischer scheint die Kritik und Verachtung der Scheinkunst, bedenkt man die restlichen Tracks: Castingshows, Hipster, der heutige Arbeitsmarkt, der Wunsch nach Berühmtheit bei naiven, jungen Leuten und auch Amerika bekommt mit der ironisch eingebauten Nationalhymne bei „Bretter“ einen dezenten Seitenhieb.

Die Frage nach der genauen Stilrichtung beantwortet die Band übrigens mit „Alko-Pop aus Berlin“ und öffnet damit eine ganz neue Schublade, in die man Supershirt hineindenken kann. ★

Von Pia Zarsteck

rt

Musik gefällig? Wir stellen euch drei Alben vor, die äußerst politische Klänge von sich geben.



Bild: springstoff

„Lila Samt“ handelt vom Eingestehen der eigenen Grenzen und Schwächen und den Normen und Widersprüchen in unserer Welt. Außerdem setzt es sich mit der Mainstream-Hiphopszene auseinander und greift die in ihr auftauchenden Sexismen und Diskriminierungen auf.

Verrückte Hiphopbeats, Dubstep und Grime, mal energisch, dann wieder sanft oder witzelnd: So vielfältig Sookees Flow ist, so vielfältig sind auch die Inhalte ihrer Musik. Vielfalt ist das Thema des Songs „Frauen mit Sternchen“, in dem die Berliner Rapperin mit typischer Schnelligkeit Individuen aufzählt, die hinter dieser Bezeichnung stecken können. Geschlechternormen spricht auch der Song „If I had a“ an. Er hinterfragt Werte, die in unserer Gesellschaft als „männlich“

gelten und benennt Alternativen zu Stärke, Egoismus, Respektlosigkeit, Gefühlskälte und dem ständigen Fokussieren auf Sex. Der Song thematisiert Normen, die Männer\* unter Druck setzen, wie Maße und Maßstäbe, Leistungsprinzip und die „Erwartungen und Bilder, wie ein Schwanz angeblich sein muss, wie er zu funktionieren hat und wo er überall rein muss“. Die Auswirkungen, die Sookees Kampf und das ambivalente Feedback auf sie hat, spiegeln sich in „Kraftlos“ und „Vorläufiger Abschiedsbrief“ wider. „Menschen sind komisch“ erzählt von Normen und Regeln in unserer Welt und zeigt deren Diskrepanzen auf. Dass auch in der linken Szene Widersprüche auftreten, macht „Links außen“ deutlich. In dem Track, der Sookees Sicht auf diese Subkultur darlegt, werden ihre Mitglieder und „Vokabeln“ dekliniert, gefolgt von dem eindeutigen Bekennen der Künstlerin zur linken Szene.

Das vorerst letzte Album der Rapperin ist weniger persönlich, verliert dabei jedoch nicht an Tiefgründigkeit und Emotionalität. Es ist geprägt von Sookees Vorliebe, aus zahlreichen Blickwinkeln auf verschiedene Themen zu schauen. Hoffen wir also, dass die Betonung im letzten Track nicht auf „Abschiedsbrief“, sondern auf „vorläufig“ liegt! ★

Von **Sophia Kowalski**



Bild: David Volksmund Produktion

Von der Hausband der linken Szene Westberlins sind Ton Steine Scherben längst zu Überfiguren des deutschen Protestsongs geworden. Heute vergeht kaum eine Demo, auf der nicht eines ihrer Lieder aus den Lautsprechern schallt. Fast jede junge linke Person verweilte in ihrer Politisierungsphase vor der aufgedrehten Stereoanlage und brüllte ihre Parolen siegesgewiss mit: „Keine Macht für Niemand!“, „Das – ist – unser Haus!“, „Macht kaputt, was euch kaputt macht!“.

Schon in ihrem Debütalbum „Warum geht es mir so dreckig?“ zeigt die Band ihr Können, Protest herauszuschreien. Es sind keine Erzählungen über die Schlechtigkeit der Welt wie die Lieder intellektueller LiedermacherInnen, es ist der pure Schrei gegen das verhasste System.

Hinter dem Schrei verbirgt sich weit mehr als bloßes Dagegensein. Das Album beginnt mit Songs voller Hilflosigkeit. Rio Reiser fragt sich, „warum geht es mir so dreckig? / was kann ich alleine dagegen tun?“ Die Lieder tragen Frust in sich. Die Band will auf keinen Fall werden, was „mein Alter ist“. Aber das Album bleibt nicht dabei stehen. Es fordert dazu auf, all das kaputt zu machen, was einen kaputt macht. Alles kaputt zu machen, weshalb es einem dreckig geht. Elegant lassen die Musiker hier „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ direkt in das Einheitsfrontlied übergehen. Sie knüpfen aus dem Kampf der 70er an Ernst Busch an, eine Ikone des linken Liedes aus den 20ern und 30ern.

Der Aufruf zum gemeinsamen Kampf ist nicht das Ende. Auf der zweiten Seite der LP entgegenn sie den Sklavenhändlern, denen man täglich seine Arbeitskraft verkaufen muss, um dreckig zu leben, mit der Maxime „Mein Name ist Mensch!“. Es ist der Schrei für eine Gesellschaft, in der die Menschen frei zusammenleben, ohne sich auszubeuten. Das Album endet mit dem klaren Aufruf zum gemeinsamen Handeln, um die Welt zu verändern: „Alles verändert sich, wenn du es veränderst / Doch du kannst nicht gewinnen, solange du allein bist!“ ★

Von **Jakob Migenda**

# die linke.sds

## Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

Die Linke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige aktive sozialistische Studierendenverband in Deutschland. Der SDS bezieht sich kritisch-solidarisch auf die Partei DIE LINKE, ist aber eine eigenständige Organisation mit vielfältigen Politikansätzen. Bei uns haben sich junge Menschen mit unterschiedlichen linken Ideen zusammengefunden, um die Gesellschaft und die Hochschulen zu verändern.

Wir verstehen uns als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Bündnisses gegen den neoliberalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, der mit der Agenda 2010 und dem Bologna-Prozess die Lebens- und Studienwelt immer stärker dem Diktat des Marktes unterwirft. Der SDS kämpft dabei für konkrete Verbesserungen der Studien- und Lebensbedingungen. Wir setzen uns ein für bezahlbare Mieten und ein Studien-

honorar. Wir kämpfen für demokratische Mitbestimmung an den Hochschulen und ein selbstbestimmtes Studium. Wir wollen eine Uni für Alle.

Wir verstehen die Hochschule als Teil der Gesellschaft – um die Gesellschaft zu verändern, müssen wir die Uni verändern und umgekehrt. Wir setzen uns daher für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und gegen Rassismus, Sexismus und andere Diskriminierungen ein.

### Lokal verankert...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 50 Hochschulen. In den Hochschulgruppen wird ein großer Teil der Arbeit gemacht. Ob Lesekreise zu sozialistischen Klassikern und aktuellen Problemen, Organisation von politischen Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Mietendemos oder Anti-Naziproteste: die Bereiche und Aktionen der lokalen Grup-

pen sind vielfältig.

### ...und bundesweit aktiv.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweit agierender Akteur. Durch unsere handlungsfähige Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Eine wichtige Rolle spielen wir zum Beispiel bei überregionalen Protesten und Aktionen wie dem Frauen\*kampftag, Blockupy oder den Bildungstreiks.

Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Im SDS existieren mehrere bundesweite Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Ob zu Antimilitarismus und Frieden, Hochschulpolitik oder Feminismus: In vielen Bereichen diskutieren und entwickeln wir Alter-

nativen. Und das Produkt eines Arbeitskreises hältst du gerade in der Hand: die critica.

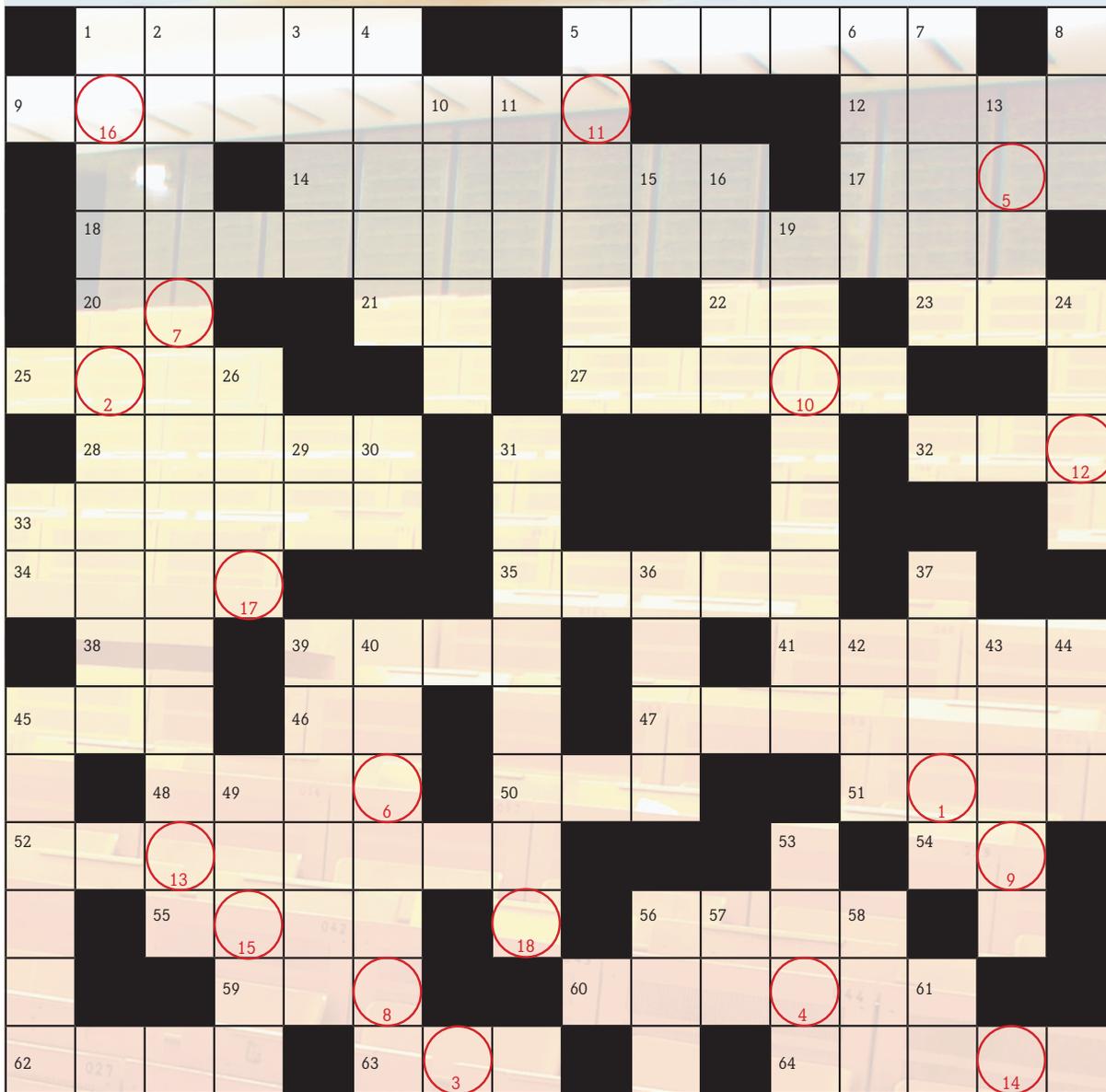
### Aktiv werden!

Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Wie du deine SDS-Gruppe vor Ort erreichen kannst, erfährst du auf unserer Homepage. Wenn es bei dir keine Gruppe gibt, kannst du sie auch gerne gründen. Wir helfen dir dabei. Support your local SDS!

**Willst du mehr über Die Linke.SDS erfahren?**

Informiere dich auf unserer Homepage: [www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org) oder schreib uns eine E-Mail an [info@linke-sds.org](mailto:info@linke-sds.org)!

# Rätselreue im Seminargebäude



## Waagrecht:

- 1 Arab. Vorname
- 5 Südamerikanisches Kamel
- 9 Region in Westasien
- 12 Ehemalige Seestadt in Kasachstan
- 14 Matsch
- 17 ... und Tücke
- 18 Hat Polizei in Hamburg eingerichtet (S. 13)
- 20 Produkt der Henne
- 21 Sprachcode für Esperanto
- 22 Europäische Linke (Abk.)
- 23 Local Area Network (Abk.)
- 25 Wasservogel
- 27 Elektrische Energie
- 28 Trinkgefäß
- 32 Linker Studierendenverband (S. 15)
- 33 Korrekturverzeichnis
- 34 Schaumwein
- 35 Dt. Gewerkschaft (Abk.)
- 38 Bundesliga (Abk.)
- 39 Erhebung
- 41 Kirchliches Oberhaupt
- 45 Liest alle E-Mails mit
- 46 Bei
- 47 Edelgas
- 48 Fruchtgetränk
- 50 Internationale Arbeitsorganisation (Abk.)
- 51 Schottischer Männerrock
- 52 Abgelenkt
- 54 Kommunistische Internationale (Abk.)
- 55 Privilegierte Lebensgemeinschaft (Plural)
- 56 Fabelwesen des Himalayas
- 59 Errechneter Geburtstermin (Abk.)
- 60 Revolutionäres Subjekt bei Mao
- 62 Fischfett
- 63 Biblische Frau
- 64 Kriegsfreudiger Bundespräsident (S. 9)

## Senkrecht:

- 1 RaucherInnenkrankheit
- 2 Revolutionäres Subjekt bei Marx
- 3 Kurzform von Elisabeth
- 4 Verbrennungsrückstand
- 5 Tropische Frucht
- 6 Kaliumsalz
- 7 Vorname eines ehemaligen Ministerpräsidenten Israels
- 8 Stimmlage
- 10 Königsstuhl
- 11 Englisches Bier
- 13 Studierendenvertretung
- 15 Maschinengewehr (Abk.)
- 16 Gewässer
- 19 Krisenprotest in Frankfurt/Main
- 24 Riechorgan
- 26 Stadt in Israel
- 29 Computermagazin
- 30 Autokennzeichen von Hamm
- 31 Landschaft in Brandenburg
- 33 Roman von Stephen King
- 36 Bundeskongress (Abk.)
- 37 Gebiet der Physik
- 39 Wurde gerade reformiert (S. 4)
- 40 Bündnis im 1. Weltkrieg
- 42 Flughafen-Code von Apataki
- 43 Linker Jugendverband (linksjugend ...)
- 44 Sprengstoff
- 45 Kleines Goldstück
- 49 Hauptstadt Griechenlands
- 53 Bootsanleger
- 56 Bergrind des Himalayas
- 57 Europäischer Staatenverbund (Abk.)
- 58 Ehemalige irische Guerilla (Abk.)
- 61 Sächsischer Ausruf

Das Lösungswort ist einer der Kerne des TTIP-Abkommens (S. 3) und viel gefährlicher als Chlorhühner:



**Zu gewinnen: Zwei Bücher-Sets „Marxist Pocket Books“**



Einfach Lösungswort an [info@critica-online.de](mailto:info@critica-online.de) schicken.

Einsendeschluss ist der 15. Februar 2015. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.